Pressemitteilung

bvvp bekräftigt: Forderung des Erhalts des Direktzugangs in die Psychotherapie berechtigt – und sachgerecht

Berlin, 5. Februar 2026. Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten (bvvp e.V.) stimmt der Bundesgesundheitsministerin Nina Warken zu, die in der Pressekonferenz am 27. Januar nach dem Fachdialog mit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und dem GKV-Spitzenverband betonte, dass die Frage des Direktzugangs in die psychotherapeutische Versorgung berechtigt im Raum stehe. Der Verband fordert erneut und eindringlich, dass diese Form des Zugangs für die bestmögliche Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen erhalten werden muss und hebt hervor, den Psychotherapeut*innen stünden als originäres Instrument der Ersteinschätzung die Psychotherapeutischen Sprechstunden zur Verfügung, die zeitnah eine Erstabklärung von Diagnose und Indikation ermöglichten. Es dürften keine unnötigen Hürden aufgebaut werden, die diesen niederschwelligen Weg in psychotherapeutische Praxen erschwerten.

Zum Hintergrund: Bereits im Koalitionsvertrag hatten die Regierungsparteien sich auf die Entwicklung eines Primärversorgungssystems verständigt. Dieses sieht vor, dass Hausärzt*innen und Kinder- und Jugendärzt*innen zukünftig in aller Regel die erste Anlaufstelle für Patient*innen in der ambulanten Versorgung sein sollen. Außerdem soll ein digitales Ersteinschätzungsinstrument unterstützen. Auch der GKV-Spitzenverband treibt das Konzept einer „digital gestützten Versorgungsnavigation“ als Krankenkassen-App voran.

Der bvvp warnt: Für Menschen mit psychischen Beschwerden darf daraus kein Gatekeeping entstehen – weder über eine Primärarztpflicht noch über eine digitale Vorbegutachtung. „Zu einer fundierten Diagnostik psychischer Erkrankungen gelangt man nicht über einen Klickpfad am Bildschirm“, erklärt Mathias Heinicke, Bundesvorsitzender des bvvp. „Wer Patient*innen zwingt, erst begutachtende Stellen oder digitale Systeme zu durchlaufen, bevor sie Psychotherapeut*innen aufsuchen dürfen, verlängert Wege, statt Versorgung zu verbessern, und belastet Haus- und Kinderarztpraxen unnötig. Gerade in Krisen zählt der direkte und niederschwellige Zugang.“

VORSTAND

VORSITZENDER
Dipl.-Psych. Mag. rer. nat.
Mathias Heinicke,
Psychologischer Psychotherapeut

STELLV. VORSITZENDE
Dipl.-Psych. Ulrike Böker
Psychologische Psychotherapeutin

STELLV. VORSITZENDER
Dr. phil. Bernd Aschenbrenner
Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut

Dr. med. Bettina van Ackern
Dipl.-Psych. Rainer Cebulla
Martin van Ackern

Vorstandsbeauftragte
Ariadne Sartorius

KONTAKT

bvvp Bundesgeschäftsstelle
Württembergische Straße 31
10707 Berlin

Telefon 030 88725954
Telefax 030 88725953
bvvp@bvvp.de
www.bvvp.de

BANKVERBINDUNG

Berliner Volksbank eG
IBAN:
DE69100900002525400002
BIC: BEVODEBB

Gläubiger-ID
DE77ZZZ00000671763

Zudem handele es sich bei diagnostischer Abklärung, Indikationsstellung und Behandlungsplanung um heilberufliche Kernaufgaben. Psychische Störungsbilder seien hochkomplex und hochindividuell. Sie verlangten persönliche Begegnung, ein vertrauensvolles Gespräch, klinische Einordnung und vor allen ausreichend Zeit. „Dies ist weder in bereits heute überlasteten Haus- und Kinderarztpraxen noch durch ein digitales Tool zu leisten“, so Heinicke.

Besonders kritisch betrachtet der Verband derartige Pläne zum Psychotherapiezugang für Minderjährige. „Bei Kindern und Jugendlichen kostet jede Begutachtungsschleife Zeit, die wir nicht haben“, betont Dr. Bernd Aschenbrenner, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut und Stellvertretender Vorsitzender des bvvp. „Der Einsatz von Kinderärzt*innen als Primärärzt*innen darf nicht zur verpflichtenden Vorstufe der psychotherapeutischen Diagnostik von Kindern und Jugendlichen werden. Pädiatrie und Psychotherapie ergänzen sich. Sie ersetzen einander nicht.“

Der bvvp erinnert zudem an ein zentrales Versprechen aus dem Fachdialog. Bundesgesundheitsministerin Nina Warken hatte zugesagt, dass Hausarztpraxen nicht zum Flaschenhals der Versorgung werden dürften. Genau daran müsse sich die Reform messen lassen, führte sie aus. Der bvvp ist überzeugt: Ein System, das vor der qualifizierten Diagnostik zwingend erst Primärärzt*in, Hotline oder Navigationstool vorschaltet, macht den Flaschenhals zum Konstruktionsprinzip der Versorgung. Das würde insbesondere für Menschen mit psychischen Erkrankungen gelten, die in einer Begutachtungssituation ohnehin häufig unter Scham, Vermeidungsverhalten und Misstrauen litten.

Der bvvp fordert daher eine klare politische Aussage und richtet folgende Forderungen an das Bundesgesundheitsministerium:

1. Direktzugang in die psychotherapeutische Versorgung verbindlich sichern:
   Psychotherapeutische Sprechstunden müssen bei psychischen Beschwerden als unmittelbare und niederschwellige Anlaufstelle erhalten werden.

2. Diagnose- und Indikationshoheit schützen.
   Diagnostik und die Entscheidung über den individuellen Behandlungsbedarf gehören in die Hand der Psychotherapeut*innen.

3. Keine „Überweisung aus dem Tool“ bei psychischen Beschwerden.
   Digitale Instrumente dürfen unterstützen, aber keine ersetzende Entscheidungsinstanz werden.

4. Kinder und Jugendliche ausdrücklich absichern.
   Kinder und Jugendärzt*innen dürfen nicht zur verpflichtenden Behandlungsvorstufe und damit zum Flaschenhals bei der Versorgung der Altersgruppen werden, bei denen eine schnelle Versorgung besonders wichtig ist.

Den Text der Pressemitteilung finden Sie auch auf unserer Internetseite Positionspapiere.

*Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten, bvvp, ist der Verband, der sich berufsgruppen- und verfahrensübergreifend für die Interessen aller Vertragspsychotherapeut*innen einsetzt. In ihm haben sich etwa 6.000 Ärztliche Psychotherapeut*innen, Psychologische Psychotherapeut*innen sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen aller anerkannten Richtlinienverfahren zusammengeschlossen.*

Für den bvvp
Dipl.-Psych. Mag.rer.nat. Mathias Heinicke
Vorsitzender des bvvp-Bundesverbands,
Dr. Bernd Aschenbrenner
Stellvertretender Vorsitzender
des bvvp-Bundesverbands

Anfragen und Interviewwünsche bitte an:
bvvp Bundespressestelle
Anja Manz - Pressesprecherin
Württembergische Straße 31
10707 Berlin
Tel. + *49 30 88 72 59 54
Mobil + *49 177 6575445
E-Mail: presse@bvvp.de